

Zur Notwendigkeit
von Grundsatzprogramm-
Diskussionen

Neue Freiheit durch mehr Gerechtigkeit

Norbert Lammert

Dass Wahlen nicht und schon gar nicht allein durch Parteiprogramme entschieden werden, am wenigsten durch Grundsatzprogramme, gilt als gesicherte Erfahrung sowohl bei Wahlforschern als auch bei Parteimanagern. Wenn die Parteien dennoch in Kenntnis ihrer bescheidenen Hebelwirkung regelmäßig Programmdiskussionen führen, muss es dafür mehr als rituelle Gründe geben. Tatsächlich müssen Grundsatzprogramme spätestens dann fort- oder neu geschrieben werden, wenn sich die Situation des Landes oder der Partei oder gar beider mehr als im vermeintlichen Normalmaß verändert hat. In genau dieser Situation befinden sich die beiden großen Volksparteien, die nicht zufällig beide zum gleichen Zeitpunkt eine Überarbeitung ihrer Grundsatzprogramme in Angriff genommen haben. Wenn innerhalb weniger Tage ein Ministerpräsident und stellvertretender Parteivorsitzender der CDU für die eigene Programmdiskussion sozialen Ausgleich einfordert und kurz danach der SPD-Vorsitzende für seine Partei den alten Unions-Programmsatz reklamiert, Leistung müsse sich wieder lohnen, verdeutlicht dies nicht nur den Klärungsbedarf in den jeweiligen Parteien, sondern auch den Wettbewerb, den sie um alte und neue Anhänger untereinander austragen.

Bei der Bundestagswahl Anfang 1983 nach dem Regierungswechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl hatte die Union noch 43 von hundert Wahlberechtigten für sich gewonnen. Beim Regierungswechsel 1998 von Helmut Kohl zu

Gerhard Schröder war der Anteil der Unions-Wähler auf 28 Prozent der Wahlberechtigten geschrumpft, der letzte Regierungswechsel nach der Bundestagswahl 2005 war nur in einer Großen Koalition unter Führung von Angela Merkel möglich, nachdem die Union noch 27 von hundert Wahlberechtigten hinter sich versammeln konnte. Von diesem Vertrauensverlust profitiert die andere große Volkspartei offensichtlich nicht. Unter den Bedingungen einer Großen Koalition stehen beide Parteien unter dem Druck gemeinsam zu lösender Aufgaben und der unterschiedlichen Erwartungen ihrer jeweiligen Mitglieder und Wähler.

Unbequeme Fragen

Fundamentale gesellschaftliche Veränderungen sind ebenso offenkundig wie die sinkende Bindungskraft der Volksparteien. Genug Anlass für eine nüchterne Lagebeurteilung und programmatische Besinnung. Je ernsthafter und gründlicher eine solche Debatte geführt wird, desto größere Anforderungen stellt sie an alle Beteiligten. Für ein Grundsatzprogramm, das länger Orientierung bieten soll als nur für eine vierjährige Legislaturperiode, stehen auch Denkgewohnheiten und lieb gewordene Positionen zur Debatte, jedenfalls müssen sie zur Debatte gestellt werden dürfen. Und schon aus Gründen der intellektuellen wie politischen Redlichkeit müssen am Anfang einer solchen Debatte Fragen und nicht fertige Antworten stehen. Wenn der Generalsekretär der CDU die individuelle Ver-

antwortung für die Bewältigung von Lebensrisiken nicht nur abstrakt, sondern auch für das Verhältnis zwischen Kindern und Eltern, und zwar in beide Richtungen, anspricht, muss die CDU diese unbequeme Fragestellung schon zulassen, wenn sie an einer ernsthaften Aufarbeitung veränderter gesellschaftlicher Wirklichkeiten interessiert ist und das Verhältnis von Subsidiarität und Solidarität in unserer Gesellschaft nicht nur für einen Theiestreit hält. Wenn eine innerparteiliche Debatte Erkenntnisfortschritte bringen und erst die Mitglieder, dann die Wähler von notwendigen Veränderungen überzeugen soll, darf nicht jede geistige Anstrengung mit dem Verdacht des Verrats an der programmatischen Tradition der Partei verbunden werden. Der Vorwurf der „Sozialdemokratisierung“ bei angemeldeten Besorgnissen über die soziale Balance der Politik ist ebenso wenig hilfreich wie die umgekehrte Behauptung des Neoliberalismus. Scharfsinn der Analyse ist allemal besser als Schärfe der Formulierung.

Auseinandersetzung mit Veränderungen

Aber was genau sind die „aktuellen Herausforderungen“ der Moderne, denen sich die Partei stellen muss? Die Moderne ist ein komplizierter Prozess, der traditionelle Werte, überkommene Lebensformen, hergebrachte Überzeugungen nicht schlicht überwindet, sondern mit neuen Erfahrungen konfrontiert. So totgesagt die Familie in den Siebzigerjahren war – so sehr ist sie allen alternativen Beziehungen zum Trotz die bevorzugte Lebensform fast aller jungen Menschen. So überholt die Religion schien – so sehr zieht sie heute Menschen wieder an. So verbraucht der Begriff der Solidarität noch vor Jahren erschien – so sehr wird heute sein Wert wiederentdeckt.

Wer ein Grundsatzprogramm fortzuschreiben will, kann dies nicht mit einer

Blitzlichtaufnahme der Gesellschaft vom Tage der Beschlussfassung erledigen. Sich bewusst zu werden, welche der neuen Entwicklungen man wie beurteilen und befördern soll, ist der erste, entscheidende Schritt einer sorgfältigen Debatte. Notwendigkeit und Ausmaß von Veränderungen zu bestimmen: Dies ist im besten Sinne „konservatives“ Denken.

Suche nach Antworten

Wir müssen Antworten finden zum Missverhältnis zwischen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie der wachsenden Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Unternehmensgewinne und der Kapitalerträge auf der einen und der Löhne und Gehälter auf der anderen Seite. Seit Anfang der Achtzigerjahre ist die bescheidene, aber kontinuierliche Steigerung des Volkseinkommens im Wesentlichen auf Unternehmensgewinne und -erträge entfallen. Die Arbeitnehmerentgelte sind hingegen deutlich geringer gewachsen, wobei diese sich auf immer weniger (Voll-)Erwerbstätige in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen verteilen. In den letzten fünf Jahren hat sich diese Entwicklung noch verschärft: Die Summe der Arbeitnehmerentgelte blieb nahezu gleich, die Summe der Unternehmenseinkommen stieg im gleichen Zeitraum um 29 Prozent an. Niemand kann ernsthaft darüber erstaunt sein, dass die meisten Wählerinnen und Wähler sich längst von der über Jahrzehnte stabilen Erwartung verabschiedet haben, wenn es den Unternehmen gut gehe, gehe es auch den Arbeitnehmern gut. Wie sich das unaufgebbare Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit in einer Wettbewerbsordnung unter den extremen Konkurrenzbedingungen der Globalisierung aufrechterhalten lässt, ist eine zentrale Frage, auf die bislang weder die Wirtschaft selbst noch die Parteien eine überzeugende Antwort gefunden haben.

Aus der Verbindung der demografischen und ökonomischen Entwicklung mit einer zunehmend geringeren Bedeutung des Faktors Arbeit für die wirtschaftliche Wertschöpfung unserer Gesellschaft ergibt sich die zunehmend dramatische Situation unserer gesetzlichen Systeme sozialer Sicherung. Je größer die Risiken für Arbeitsplatz, Gesundheit und Lebensalter werden, desto mehr klammern sich die Menschen verständlicherweise an die Aufrechterhaltung bewährter Rechtsansprüche – und umso hoffnungsloser wird deren Finanzierung. Auch hier muss eine Partei, die in der Tradition der christlichen Soziallehre ihre Identität unter veränderten Bedingungen behaupten will, Antworten finden, die nicht nur ökonomischen Ansprüchen genügen. „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ wird sich überzeugend nur dann vermitteln lassen, wenn die auf dieser Basis konzipierte Politik von vielen Menschen auch als neue Freiheit durch mehr Gerechtigkeit wahrgenommen wird.

Neue Sicherheitsrisiken

Die fröhliche Hoffnung, nach Ende des Kalten Krieges und der Überwindung eines hochgerüsteten Ost-West-Gegensatzes würden für militärische Ausgaben gebundene Mittel für andere gesellschaftliche Anliegen frei, hat sich als reichlich übertrieben herausgestellt. Die aktuellen Herausforderungen der inneren Sicherheit sind eher noch komplizierter als die vergleichsweise kalkulierbaren Gefährdungen der äußeren Sicherheit in der Vergangenheit, und sie haben ähnlich hohe Aufwendungen in den öffentlichen Haushalten zur Folge. Damit ist neben den

technischen, praktischen und finanziellen Problemen zugleich die Grundsatzfrage nach dem Verhältnis von Freiheit und Sicherheit und den jeweiligen Relativierungen verbunden.

Gemeinsame Orientierungen

Die Union muss die lange vernachlässigte Debatte über die kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaft und unserer Verfassungsordnung öffentlich führen. Die Verweigerung oder Verdrängung unverzichtbarer gemeinsamer Orientierungen und Überzeugungen, die jedenfalls in Deutschland Geltung beanspruchen, zugunsten multikultureller Belieblichkeit hat weder den Zusammenhalt der Gesellschaft gefördert noch die Integration von Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen.

Die Orientierung der Politik an den Prinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität ist für eine christlich-demokratische Partei in der ersten Hälfte des einundzwanzigsten Jahrhunderts nicht weniger zwingend als für die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Ich sehe auch niemanden in der Union, der eines dieser Prinzipien für überholt hielte – und dafür Aussichten auf Mehrheiten innerhalb und außerhalb der Partei hätte. Wie sich das Verhältnis dieser Prinzipien zueinander unter den gründlich veränderten Entwicklungsbedingungen unserer Gesellschaft in einem europäischen Binnenmarkt in Zeiten der Globalisierung gestalten muss oder soll, darüber ist Streit möglich und nötig. Eine Partei, die sich diesen Streit nicht zutraut oder nicht zumuten will, sollte auf eine Grundsatzprogramm-Diskussion besser gleich verzichten.